

vorwärtsEXTRA



Großer Bus für kleine Leute. In den ländlichen Regionen haben die Schülerinnen und Schüler weite Wege zurückzulegen. SCHOLZPHOTO.DE

RICHTUNGSSTREIT UM DIE KOSTEN FÜR DEN SCHULBUS

Eltern sollen nicht für die Schülerbeförderung zur Kasse gebeten werden. Die Neuregelung im Schulgesetz soll so schnell wie möglich zurückgenommen werden.

Das Votum des Landesparteitags war einstimmig. Die Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die 30-Prozent-Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung wieder zurückgenommen wird.

Angebot an den Koalitionspartner

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, hat unmittelbar nach dem Parteitag der CDU-Fraktion Gespräche angeboten, um

den Elternbeitrag wieder zu streichen. Noch sperrt sich der Koalitionspartner, das Thema erneut zu diskutieren. Aber der öffentliche Druck wächst.

Die Neuregelung ist im Schulgesetz verbindlich vorgeschrieben. Die CDU hatte den Beitrag der Eltern im Koalitionsausschuss durch-

Das konnte die SPD-Fraktion im parlamentarischen Verfahren auf das 30-Prozent-Modell abschwächen.

Dennoch: Die neue Regelung trifft vor allem die Eltern in den ländlichen Gebieten. Hier sind lange Schulwege der Normalfall.

Fatale Wirkung im ländlichen Raum

„In einem Flächenkreis wie Ostholstein wird das so nicht laufen können“, kündigt die Kreisvorsitzende Regina Poersch an. Als Landtagsabgeordnete hat sie zwar der Schulgesetznovelle zugestimmt. Die Erfahrungen mit der Umsetzung zwingen aber zur Revision der Reform. In Ostholstein rechnet man mit einer Belastung von etwa 200 Euro pro Kind und Jahr. „Das ist für viele Familien nicht tragbar“, weiß Regina Poersch.

Einen privaten Nutzen von der Schülerkarte haben die Pennäler auf dem Lande kaum. Außer dem Schulbus gibt es in der Fläche kaum ein Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

„Wenn Eltern ihre Kinder aus Kostengründen von der Schülerbeförderung abmelden, leidet unser ÖPNV-Angebot“, fürchtet die Kreisvorsitzende. Die Folge könnten weitere Verschlechterungen im Fahrplan oder sogar die Einstellung unwirtschaftlicher Linien sein. ■



Ostholsteins Kreisvorsitzende Regina Poersch möchte die Belastung der Eltern wieder zurücknehmen.

gesetzt. Damit sollen die Haushalte der Kreise entlastet werden. Hintergrund ist die Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs, die bei den Kreisen zu Einnahmeausfällen führt. Zur Kompensation sollte die kommunale Ebene Ausgaben reduzieren können.

Der CDU-dominierte Landkreistag hatte vorgeschlagen, die gesamten Kosten der Schülerbeförderung auf die Eltern abzuwälzen.

»EIN FALSCHES SIGNAL«

Hans-Werner Johannsen leitet eine Grund- und Hauptschule und ist Referatsleiter im Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Als Mann der Praxis wie als Kreistagsabgeordneter sieht er die Auswirkungen der steigenden Elternbeiträge für die Schülerbeförderung mit Sorge.

„Die Neuregelung ist eine familienpolitische Katastrophe“, so seine Einschätzung. Die Bildungspolitik setze darauf, mehr jungen Leuten bessere Bildungs-Chancen zu eröffnen. Nun würden neue finanzielle Hürden für den Schulbesuch aufgebaut, statt die Familien zu entlasten.

„Das ist ein falsches Signal“, kritisiert der Bildungspolitiker. Für den Kreis Schleswig-Flensburg habe die Verwaltung vorgeschlagen, die Kostenbeteiligung auf 120 bis 130 Euro anzuheben.

Ein Drittel seiner Schülerinnen und Schüler seien Fahrschüler. Wenn die Schule demnächst in einer Gemein-



Hans-Werner Johannsen.

schaftsschule aufgehe, werde der Anteil weiter steigen. „Manche Eltern überlegen bereits, Fahrgemeinschaften zu bilden“, berichtet Hans-Werner Johannsen. Damit würde die Nachfrage für die öffentlichen Angebote zurückgehen, die Schülerbeförderung noch unwirtschaftlicher werden.

„Die Haushalte der Kreise sollen auf Kosten der Eltern entlastet werden“, so das Fazit des Kreistagsabgeordneten. „Bildung sollte aber nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern abhängen.“ In dieser Hinsicht sei Deutschland ohnehin weit unter dem internationalen Standard. Das habe auch die PISA-Studie ergeben. ■

GUTHABEN FÜR DIE WEITERBILDUNG

Schon der alte chinesische Weise Laotse wusste: „Lernen ist wie Rudern gegen den Strom. Hört man damit auf, treibt man zurück.“ Dass die rückläufige Förderung von Weiterbildung in Deutschland deshalb zum Problem werden kann, ist unter Experten schon lange keine offene Frage mehr.

Dr. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein und SPD-Experte für Fragen der Weiterbildung, hat sich lange wie ein Rufer in der Wüste gefühlt. Umso mehr freut es ihn, dass jetzt endlich ein Umdenken für mehr Weiterbildung Platz greift.

„Leider sind in den letzten zehn Jahren die Mittel der Bundesagentur für Arbeit für die berufliche Fort- und Weiterbildung mehr als halbiert worden. Auch die Grundmittel der öffentlichen Haushalte für die Weiterbildung sind um rund ein Viertel gekürzt

Bildungsexperte Dr. Ernst Dieter Rossmann fordert neue Modelle für lebenslanges Lernen.

worden. Der absehbare Fachkräftemangel, der Alterswandel in der Gesellschaft und nicht zuletzt die internationalen Bildungsvergleiche haben endlich wieder alle wach gemacht“, so Rossmann.

Auch bei seinen zahlreichen Gesprächen mit den Leitern von Weiterbildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein kann Rossmann einen neuen Trend pro Weiterbildung feststellen. In ei-

ner Runde mit den Leitungen der Volkshochschulen aus seinem Heimatkreis Pinneberg wurde deutlich: Mehr als 3570 Kurse kreisweit, 80 000 Unterrichtsstunden, 40 000 Teilnehmer sind neu-

er Jahresrekord. Der Kreis Pinneberg liegt damit voll im Trend, nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit.

Mit einer staatlichen Weiterbildungsprämie bis zu 154 Euro, der Möglichkeit des Bildungssparens und der Ausweitung von Bildungskrediten auch für Zwecke der Weiterbildung soll dieser Trend jetzt auch durch die Bundesregierung verstärkt werden.

Für Rossmann ist das bei weitem noch nicht genug. Seine Forderung: „Wir brauchen eine klare Umkehr bei der Beschäftigungsförderung durch Weiterbildung. Die Hartz-Gesetze waren hier ein bitterer Fehler und ein Irrweg. Die Beschäftigungsversicherung pro Weiterbildung für jeden Arbeitnehmer muss her. Und wir brauchen eine stabile öffentliche Förderung für die qualifizierten Weiterbildungseinrichtungen wie etwa die Volkshochschulen.“



Bundestagsabgeordneter Dr. Ernst Dieter Rossmann (vorne Mitte) im Kreise der Leiterinnen und Leiter der Volkshochschulen im Kreis Pinneberg.

RALF STEGNER IN DEN KREISEN

Im Rahmen des ergebnisoffenen Prozesses um die Kreisgebietsreform wird Innenminister Ralf Stegner in der Zeit von April bis November dieses Jahres alle

kreisfreien Städte und Kreise besuchen, um vor Ort Gespräche mit den Betroffenen zu führen. Die Ergebnisse dieser Gespräche fließen dann in die Kabinettsvorlage „Leitlinien für eine mögliche Kreisgebietsreform“ ein, die Ende des Jahres beraten und beschlossen werden soll.

Neben den Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kreise und den Repräsentanten von Städten und Gemeinden wird Ralf Stegner als SPD-Landesvorsitzender jeweils an den Abenden auch eine Parteiveranstaltung durchführen. Die Inhalte werden dabei mit jedem Kreisverband einzeln besprochen. Der SPD-Landesverband nutzt diese Veranstaltungen, um über die bevorstehende Kommunalwahl zu informieren. ■

TERMINE DER KREISBEREISUNGEN

- 25. April: Schleswig-Flensburg
- 26. April: Lübeck
- 3. Mai: Pinneberg
- 23. Mai: Herzogtum Lauenburg
- 14. Juni: Neumünster
- 27. Juni: Stormarn
- 28. Juni: Rendsburg
- 29. August: Flensburg
- 30. August: Dithmarschen
- 7. September: Plön
- 19. September: Ostholstein
- 26. September: Nordfriesland
- 31. Oktober: Segeberg
- 1. November: Kiel
- 2. November: Steinburg

DER WEG ZUM PROGRAMM

Die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm kommt in Gang. Seit Bestehen der Sozialdemokratie wird das „Hamburger Programm“ das erste Programm sein, das in Zeiten einer Regierungsbeteiligung der SPD formuliert wird.

Der „Bremer Entwurf“ ist die Grundlage für die Programmdiskussion. Die nächsten Monate sind der Diskussion in allen Teilen der Partei – und darüber hinaus – gewidmet.

Die Handlungsfähigkeit des Staates, die Definition welche Aufgaben dem Staat zufallen, wie diese finanziert werden und wie der freie Zugang zu den öffentlichen Gütern organisiert wird, das sind die Schwerpunkte für die Programmdebatte in Schleswig-Holstein. Der Landesparteitag in Neumünster hat dazu einstimmig einen

Antrag verabschiedet. Mit diesem Beschluss hat die schleswig-holsteinische SPD einen markanten Beitrag zur Programmdiskussion der Gesamtpartei geliefert.

Die Diskussion um unser Programm ist eine Chance, Menschen mit ihren Ansprüchen an eine gerechte Gesellschaft einzubeziehen und sie von der Kraft der Sozialdemokratie zu überzeugen. „Wir wollen neue aktive Mitglieder in unseren Reihen – wir haben hier eine gute

Chance welche hinzu zu gewinnen“, ist sich Landesgeschäftsführer Christian Kröning sicher.

Der Landesvorstand wird mit den Kreisverbänden vier Regionalkonferenzen zur Programmdebatte organisieren. Diese sollen die Diskussionen in den Ortsvereinen oder Kreisverbänden ergänzen, keineswegs ersetzen.

Am 8. September wird der Landesverband seine Positionen auf einem Landesparteitag beschließen. ■

REGIONALKONFERENZEN ZUM „HAMBURGER PROGRAMM“

REGION SÜD-OST:

3. Mai 2007, 19:30 Uhr, Hotel „Der Seehof“ in Ratzeburg

REGION KERN:

15. Mai 2007, 19:00 Uhr, Restaurant „Legienhof“ in Kiel

REGION SÜD-WEST:

29. Mai 2007, 19:00 Uhr, Hotel „Adler“ in Itzehoe

REGION NORD:

Termin und Ort sind noch offen.

TERMINE

- 3. Mai, 19.00 Uhr
Fraktion vor Ort: Patientenverfügung, mit Joachim Stünker und Hans-Peter Bartels, MdB. Kiel, „Legienhof“.
- 5. Mai, 10 Uhr
Kreisverband Kiel, ordentlicher Kreisparteitag, „Legienhof“
- 5. Mai, 10 Uhr
Kreisverband Plön, ordentlicher Kreisparteitag, mit Detlef Albers, SPD-Parteivorstand. Klausdorf, „Hotel Klausdorfer Hof“.
- 11. Mai, 18.30 Uhr
Kreisverband Neumünster, außerordentlicher Kreisparteitag „Bildung“. Neumünster, „Kiek in“.
- 30. Mai, 19 Uhr
„Hilfen für Helfer – Neue Impulse fürs Ehrenamt“, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Dr. Michael Bürsch, MdB. Elmshorn, „Hotel im Winkel“.
- 8. September, 10 Uhr
Außerordentlicher Landesparteitag „Grundsatzprogramm“. Kiel, Casino der Stadtwerke Kiel.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir haben einen für die Zukunft der schleswig-holsteinischen SPD sehr wichtigen und guten Landesparteitag hinter uns. Die SPD hat auf diesem Parteitag starkes Selbstbewusstsein und große Geschlossenheit gezeigt. Wir haben damit auch die Rechnung unserer politischen Konkurrenten und Teile der Medien durchkreuzt, die gehofft hatten, dass die SPD sich bei der Wahl des neuen Landesvorstandes selbst ein Bein stellt.

In der gleichen Woche ließ der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag in Flensburg (sh:z) 1000 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes repräsentativ zur politischen Situation befragen. Bei aller Vorsicht gegenüber Umfragen und dem Wissen darum, dass dies nur eine politische Wasserstandsmeldung sein kann, sind die Ergebnisse doch so, dass wir uns freuen können.

Die zentrale Aussage: Die CDU ist nicht der klare Gewinner dieser Koalition und das, obwohl sie den Ministerpräsidenten stellt. Der Abstand in der Gunst der Wählerinnen und Wähler hat

sich seit 2005 kaum verändert: Die CDU liegt zur Zeit bei 38 Prozent, die SPD bei 36 Prozent. Auch schwarz-gelb hätte bei dieser Umfrage keine Mehrheit. Beide Parteien gemeinsam erreichen 45 Prozent, rot-grün käme auf 46 Prozent. Aus sind die schwarz-gelben Blühträume!

Aus Sicht unserer SPD ist das eine ausgesprochen gute Entwicklung. Obwohl wir nicht den Ministerpräsidenten stellen, können wir uns behaupten. Dies hat mehrere Gründe: Wir haben das bessere Programm, besseres Personal und wir leisten – für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar – die bessere Arbeit.

Für mich ist klar, dass die SPD nicht der Juniorpartner in dieser Regierung ist, sondern auf Augenhöhe mit der CDU umgeht. Die SPD steht zu dieser Koalition. Wir haben einen Vertrag bis 2010. Unsere Linie ist berechenbar: Vertragstreue zum ausgehandelten Koalitionsvertrag: Ja. Schmusekurs mit der CDU: Nein! Deshalb werden wir zum Beispiel dafür kämpfen, dass die unso-

ziale Belastung der Eltern bei den Schülerbeförderungskosten rückgängig gemacht wird beziehungsweise, dass die Kommunen nicht auch noch gezwungen werden, diese Belastung der Eltern selbst gegen den eigenen Willen zu vollziehen, jetzt wo die Finanzlage der Kommunen sich erfreulicherweise deutlich gebessert hat.

Wir haben auch in dieser Koalition gute Chancen, unsere Politik im Land, in den Kreisen und den Gemeinden energisch zu vertreten. Wir haben gute Grundlagen, einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf zu führen, unser Profil zu stärken und auch zu mehr aktiven Mitgliedern zu kommen. Lasst uns diese Chancen nutzen.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



SEMINARE

SEMINARE FÜR NEUE MITGLIEDER

Nordsee Akademie Leck

■ 8. bis 10. Juni

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Bad Malente

■ 31. August bis 2. September

■ 9. bis 11. November

Kostenbeitrag 35 Euro, Anmeldung erbeten bis jeweils drei Wochen vor Seminarbeginn.

FIT FÜR DEN

KOMMUNALWAHLKAMPF 2008

Kampagnenfähigkeit der Partei: Planung und Strategieentwicklung, Programm, CD, CI, Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampf-Aktionen, Wahlkampf-Veranstaltungen, Pressearbeit, Argumentieren, etc.

■ 6. bis 7. Juli

■ 21. bis 22. September

■ 9. bis 10. November

SEMINAR FÜR KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

Positives persönliches Erscheinungsbild, Öffentlichkeitsarbeit, argumentieren und diskutieren, überzeugen, zuhören, Umgang mit Kritik, Zeitmanagement, etc.

■ 14. bis 15. September

■ 12. bis 13. Oktober

■ 16. bis 17. November

Freitagabend 18 Uhr bis Sonnabendnachmittag 16 Uhr, Orte werden noch bekannt gegeben.

Kosten: 50 Euro

oder dezentral, nach Absprache zwei Abende à 3 Stunden, 25 Euro

AUFBAUSEMINAR FÜR ABSOLVENTEN DER KOMMUNALAKADÉMIE

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Bad Malente

■ 5. bis 7. Oktober

(35 Euro pro Wochenende)

Anmeldung erbeten bis 14. September.

Information und Anmeldung: Elfriede Marx, SPD-Landesverband, elfriede.marx@spd.de, Tel. 04 31/9 06 06-46 Fax. 04 31/9 06 06-41

MITGLIEDERWERBUNG: ERFOLGREICHE ORTSVEREINE

Zehn Prozent neue Mitglieder bis zur Kommunalwahl – das ist das Ziel. Hier einige erfolgreiche Ortsvereine (seit Juni 2006):

Bliestorf (fünf neue Mitglieder, 16 Prozent Zuwachs), Schwartbuck (3/16 %), Sievershütten (3/16 %), Kabelhorst-Schwienuhl (2/13 %), Norderbrarup (2/12 %), Lasbek (2/11 %), Holtsee (2/11 %), Klein-Gladebrügge (1/10 %).

Kieler Mitte (15 neue Mitglieder, 5 %), Neumünster-Süd (10/8 %), Kiel-West/Altstadt (9/5 %), Elmsborn (9/3 %), Husum (8/5 %), Lübeck-Altstadt (7/7 %), Fehmarn (6/4 %), Eckernförde 6/3 %). ■

DEMOKRATISCHER FEUERKOPF

Vor sechzig Jahren gewann die SPD die absolute Mehrheit im Landtag. Hermann Lüdemann wurde der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Schleswig-Holsteins.

Als Hermann Lüdemann am 8. Mai 1947 vor den Abgeordneten des ersten vom Volk gewählten Landtages von Schleswig-Holstein seine Regierungserklärung abgibt, ist er bereits 67 Jahre alt.

1880 in Lübeck geboren, geht er nach Lehre und Ingenieurstudium 1901 nach Berlin. Dort beginnt sein politisches Leben. 1912 kommt er zur Sozialdemokratie. Beim „Berliner Rätekongress“ setzt er sich für die parlamentarische Demokratie ein. Das Plädoyer für die demokratische Staatsform und der

entschiedene Kampf mit ihren totalitären Gegnern, bleiben bestimmend für sein ganzes Leben.

1921 wird er preußischer Finanzminister in der Regierung Otto Braun, ist viele Jahre preußischer Landtagsabgeordneter, zeigt sich als energischer Gegner des aufkommenden Nationalsozialismus. Die Nazis verschleppen ihn ins KZ. Erst 1935 wird der ehemalige SPD-Minister und Oberpräsident entlassen. Schnell baut Hermann Lüdemann Kontakte zum gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Widerstand



Hermann Lüdemann bei seiner Regierungserklärung.

auf. Nach dem 20. Juli 1944 wird er interniert.

Nach dem Krieg hilft er beim demokratischen Aufbau Mecklenburg-Vorpommerns. Nun erhält er von den russischen Behörden ein Rede- und Auftrittsverbot.

Ende 1946 tragen ihm die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten das Amt des Innenministers im Kabinett Steltzer (CDU) an. Lüdemann zieht nach Preetz und bleibt. 1947, nach der ersten Landtagswahl, wird er Regierungschef – auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft.

Lüdemann war Realpolitiker und Visionär. Er wollte ein wirtschaftlich „neues Schleswig-Holstein“ und propagierte den Wandel vom Agrarland zum Wirtschaftsstandort für technische Industrien. Er setzte sich für neue Verkehrswege ein und plante eine weitere Elbquerung. Lüdemann übernahm eine aktive Rolle im Parlamentarischen Rat zur Vorbereitung des Grundgesetzes.

Er sei ein „demokratischer Feuerkopf“, er habe „100 Ideen, wo andere eine hätten“ – so sahen ihn die Freunde. Er war immer auf der Seite der Demokratie und setzte auf Überzeugung und Reform, nie auf Zwang oder Revolution. ■

Rolf Fischer: Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie. Wachholtz-Verlag

WAS SOLL DAS THEATER?

Die Kulturschaffenden waren sich einig: Der Staat darf sich nicht aus der Finanzierung von Theatern und Orchestern zurückziehen. Das Kulturforum Schleswig-Holstein hatte unter dem Motto „Was soll das Theater? Zwischen kulturellem

Anspruch und Sparzwang – Wege aus dem Dilemma“ am 16. April ins Studio des Theater Lübeck eingeladen. Björn Engholm moderierte vor gut 100 Zuhörern die mit Kulturfachleuten besetzte Diskussionsrunde. ■

MEHRHEIT 2008!

Seit Dezember arbeitet die Wahlkampfkommission an den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen für die Kommunalwahl im Mai des kommenden Jahres.

Die Planungen für die Kommunalwahl 2008 laufen. Unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Breitner laufen die Vorbereitungen auf Landesebene.

Die Wahlkampfkommission hat die Programm-Leitlinien entworfen, die der Landesparteitag im März beschlossen hat (Download unter www.spd-sh.de).

Ein erster Schwerpunkt wird die Mobilisierung der Partei im Vorwahlkampf sein. Der SPD-Landesverband und die Sozialdemokratische Ge-

meinschaft für Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein (SGK) haben ein Schulungsprogramm entwickelt. Wahlkampf-Trainings und Semi-



nare werden regelmäßig hier im Vorwärts angekündigt.

Bis zur Sommerpause soll der Entwurf einer Werbelinie vorliegen. Darauf können die Ortsvereine ihr Wahlkampfmaterial aufbauen.

Arbeit, Schule, Familie und Beruf, Klimaschutz – das werden die zentralen Themen des Kommunalwahlkampfes werden. Die Ortsvereine werden regelmäßig über einen Newsletter zur Kommunalwahl informiert. Zwei Ausgaben sind schon erschienen.

Fragen und Anregungen für die Wahlkampfkommission können an mehrheit2008@spd-sh.de geschickt werden, auch der Newsletter zur Kommunalwahl kann unter dieser Adresse bestellt werden. ■

WIR GRATULIEREN IM MONAT MAI

ZUM 99. GEBURTSTAG:

Irma Schueler, Neumünster

ZUM 96. GEBURTSTAG:

Else Jacobsen, Kiel

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Ella Gerlach, Lübeck

Hans Hauelsen, Albersdorf

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Anne-Helene Bondzio, Husum

Hertha Kellermann

Marie Krause, Kiel

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Ruth David, Bevern

Hildegard Kiel, Kiel

Olga Schultz, Tornesch

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Heinrich Koth, Norderstedt

Olga Metzner, Preetz

Margarete Ruther, Bad Oldesloe

Rosa Wallbaum, Kiel

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Gertrud Dietz, Flintbek

Heinz Rauer, Schlesien

Ilse Schoenfeld, Aumühle

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Lisa Hennig, Brodersdorf

Gustav Pazewitsch, Wilster

Ernst Sobolewski, Börnsen

Helene Weickert, Glinde

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich) www.spd-sh.de